

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Wirtschaftspolitik zwischen Besitzstand und Strukturwandel
Autor: Strahm, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341667>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftspolitik zwischen Besitzstand und Strukturwandel

Linke Wirtschaftspolitik hat wenig Bewegungsspielraum im Bundesbern, denn sie ist gefangen zwischen linken Besitzstandsbedürfnissen und rechten Deregulierungsgelüsten.

Rudolf Strahm

Eine konzeptionell befriedigende Wirtschaftspolitik müsste sich mit einer Analyse der Gegenwartstrends und einer Auseinandersetzung mit untauglichen rechten und linken Postulaten und Dogmen legitimieren. Auf all dies müssen wir hier aus Platzgründen verzichten¹.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf eine (ungeschützte) Darstellung von sieben Prioritäten und sieben weiteren Aufgaben der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

Der Text von Werner Vontobel ist geprägt von der Krisenerfahrung der neunziger Jahre. Das Programm ist konzeptionell richtig, und ich teile sein Plädoyer für eine nachfrageorientierte, keynesianische Strategie. Insbesondere scheinen mir seine Äusserungen zur Geldpolitik der Nationalbank zentral; wir alle sind geprägt und traumatisiert von der Vorherrschaft des zerstörerischen Monetarismus der neunziger Jahre.

¹ Eine ausführliche Fassung dieses Artikels mit 7 Gegenwartstrends, 7 falschen Thesen der Rechten (Argumentarium), 7 Sackgassen und Illusionen der Linken, 7 wirtschaftspolitischen Prioritäten und 7 weiteren Aufgaben findet sich unter dem Titel «Wirtschaftspolitik zwischen Besitzstand und Strukturwandel» in der Rubrik «Aktuelles» unter der Website www.rudolfstrahm.ch.

Die nachfrageorientierte, makroökonomische Wirtschaftspolitik allerdings ist zu schmal, weil sie wenig hilfreich ist, den rasanten Strukturwandel zu bewältigen; ihre Rezepte sind dann wieder gefragt, wenn eine nachfragegestützte Politik nötig wird. Das Problem ist für uns nicht, eine staatliche Nachfragesteuerung zu fordern und diese auch zu begründen, das Problem ist vielmehr, eine intelligente Politik der Nachfragesteuerung auch in der Praxis durchzuführen («Grips» statt Gips und Airline-Subventionen!).

Sieben Prioritäten der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik

Die linke Wirtschaftspolitik hat Prioritäten zu setzen; aus Gründen der Bündelung der Kräfte und der Verständlichkeit. Nicht jede Konjunkturphase erfordert gleiche Prioritäten. Das nachstehende 7-Punkte-Programm orientiert sich an der Einschätzung der Konjunkturwende zum Jahreswechsel 2001/2002, aber auch an den langfristigen Einschätzungen der Wirtschaftspolitik.

1. Bildungs- und Berufsbildungspolitik ist das wichtigste Instrument in der Wirtschaftspolitik

- Der rasche Strukturwandel und damit das Verschwinden alter und Entstehen neuer Branchen ist die hervorstechendste Eigenschaft der wirtschaftlichen Entwicklungen. Die wichtigste strategische Variable, die ein hochindustrialisiertes Land im

**Der Struktur-
wandel muss
berufsbildungs-
politisch abge-
sichert werden;
das ist sozial
und ökonomisch
vernünftig.**

Zeichen der Globalisierung anwenden kann, um seine internationale Konkurrenzfähigkeit zu bewahren, sind Investitionen in das Humankapital, nämlich in die berufliche Aus- und Weiterbildung und in die Forschung. Der Strukturwandel muss berufsbildungspolitisch abgesichert werden. Dies ist zugleich sozial und ökonomisch vernünftig; es nützt den Schwächeren und es nützt der gesamten Volkswirtschaft:

- Berufsbildungsreform auf der Basis des Dualsystems, d. h. der Berufslehre mit einer Kombination von betrieblicher Praxis und schulischer Vertiefung;
- Weiterbildung und Umschulung für Berufstätige, auch solche im mittleren und fortgeschrittenen Alter;
- Nachholbildungsprogramme für Ausländerinnen und Ausländer;
- Bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems mit Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten;
- Ausbildungsverpflichtung für Firmen mit öffentlichen Aufträgen und Konzessionen;
- Verbesserte Berufsberatung, auch Spezialprogramme für Ausländerinnen und Ausländer;
- Spezielle arbeitsmarktliche Mobilisierungsprogramme für Frauen (Wiedereinstieg und Nachholbildung).

Die Berufsbildung ist m.E. der wichtigste Grund für die im internationalen Vergleich tiefe Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Akademiker gibt es überall, staatliche Forschungshilfen und Manager ebenso, doch die breite Abdeckung mit einer praxisorientierten und theoretisch vertiefenden Berufsbildung ist in der Schweiz einmalig. Das Dualsystem aus betrieblichem Lernen und vertiefter Schulung ist volkswirtschaftlich, arbeitsmarktlich und sozial ein Vorteil und muss nicht nur

beibehalten, sondern weiterentwickelt werden.

2. Die Nationalbank hat die Konjunktur zu steuern

Die Geldpolitik der Nationalbank ist das wichtigste wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument, und je stärker sich der Staat aus der Fiskalpolitik und andern Bereichen zurückzieht, desto zentraler wird sie. In den USA wird vom Federal Reserve System (Fed) ganz selbstverständlich erwartet, dass es mit den geldpolitischen Instrumenten in Rezessionszeiten die Konjunktur steuert (z. B. im Verlauf des Jahres 2001 senkte die Fed die Zinsen in elf aufeinanderfolgenden Senkungsschritten um zwei Drittel). Die Schweizerische Nationalbank soll zwar eine gewisse Autonomie bei der Wahl der Mittel genießen, doch den Auftrag hat die Politik vorzugeben.

- Die Geldpolitik hat den Auftrag, neben der Inflationsbekämpfung gleichzeitig auch die Kapazitätsauslastung in der Wirtschaft, die Wechselkurse und das nachhaltige Wachstum zu berücksichtigen.
- Die Nationalbank-Leitung hat dem Parlament klar Rechenschaft über ihre Anwendung der geldpolitischen Instrumente nachträglich zu erstatten. Die Stunde der Wahrheit kommt bei der Zieldefinition für die SNB im Nationalbankgesetz.
- Für die Ablieferung aller real erwirtschafteten Gewinne der SNB (ohne Aufwertungsgewinne) an den Staat sind klare gesetzliche Vorgaben nötig.

3. Steuergerechtigkeit ist ein Stabilitätsfaktor

- Das Ringen um die Steuergerechtigkeit ist eine Grundbedingung und zugleich Ausfluss der von der Sozialdemokratie hochgehaltenen sozialen Frage. Immerhin wird ein Drittel

des Bruttoinlandprodukts über den Staat umverteilt und deshalb ist die Steuer- und Abgabepolitik verteilungspolitisch von entscheidender Wirkung. Der Staat wird im übrigen nicht über die Ausgaben, sondern über die Gestaltung und Höhe der Fiskaleinnahmen gesteuert.

- Bekämpfung von Steuerschlupflöchern, auch jene, die über das Bankgeheimnis ausgenützt werden.
- Vereinfachung des Steuersystems zur Verminderung der «Steeroptimierung» durch Reiche und Schlaumeier.
- Materielle Harmonisierung der direkten Steuern unter den Kantonen, und zwar nicht durch einen schweizerischen Einheitssteuersatz, sondern durch Eingrenzung der kantonalen Steuerbelastungen auf eine maximale Abweichung (von z. B. plus/minus 20%) vom schweizerischen Mittel.
- Wenn schon eine Steuersenkung akzeptiert wird, dann durch Entlastung von Familien (Kinderabzug vom Steuerbetrag) und des Existenzminimums. Die Mehrwertsteuererhöhungen der Zukunft sind strikte zu reservieren für die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen und auf keinen Fall zu Umlagerungen auf die direkten Steuern.

Die Frage des Bankgeheimnisses und seine Bedeutung im internationalen Finanzsystem wird in Zukunft zu einem internationalen Thema von grosser Bedeutung werden und auch unsere Aussenpolitik sehr stark prägen und belasten.

4. Wettbewerbspolitik dient dem Konsumenten und einkommensschwachen Schichten

Die Hochpreisinsel Schweiz hat einen unsozialen Aspekt: Jährlich zahlen Schweizer Konsumentinnen und Kon-

sumenten in Milliardenhöhe zu viel für Medikamente, Autoersatzteile, Computer und Computerprogramme sowie für unzählige Markenartikel. Markenprodukte und patentierte, dauerhafte Konsumgüter werden in der Schweiz zwischen 15 und 50% teurer bezahlt als z. B. im Nachbarland Deutschland. Wettbewerbspolitik und Marktöffnung sind eine Art konsumentenorientierte Verteilungspolitik mit nachfrageseitiger Wirkung.

- Zulassung von Parallelimporten und Verbot von Vertikalbindungen;
- Schaffung von Wettbewerb unter den Banken (auch wichtig für die Wirksamkeit der SNB-Geldpolitik);
- Bussenregelung für missbräuchliche Kartelle und Kronzeugenregelung zur Beweiserhebung;
- Umbau der Weko zu einer richterlichen Behörde mit unabhängigen, professionellen Kartellrichtern;
- Ausnahmen bei der Durchsetzung des Wettbewerbs sind dort nötig, wo es um die Erhaltung der kulturellen Vielfalt geht und um die Durchsetzung eines flächendeckenden Service public oder anderer öffentlichen Interessen (Büchermarkt, Umweltschutz usw.).

5. Die öffentlichen Güter und der Service public sind zu sichern

Die Bereitstellung öffentlicher Güter für alle und flächendeckend ist eine wichtige Rahmenbedingung für die Wirtschaft. Wir denken an die Post, den schienengebundenen und öffentlichen Verkehr, die leitungsgebundenen Netze wie Telekommunikation, Elektrizität, Wasser, Gas. Zu den öffentlichen Gütern gehören aber auch intakte Landschaften, Entsorgung und Umweltschutz (Emissionsbegrenzung) sowie die Begrenzung von Risiken (Störfallvermeidung). Wo ein wirksamer Wettbewerb technisch möglich ist, sol-

Zu den öffentlichen Gütern gehören auch Landschaften, Entsorgung und Umweltschutz sowie Begrenzung der Risiken.

len sich mehrere Anbieter bewerben können (z. B. Mobilfunk, Internetanbieter). Wo aber ein natürliches Monopol besteht (Netze), sind Privatisierungen ökonomisch falsch, dort braucht es klare, regulierte Marktordnungen.

- Postdienste, Versorgung mit öffentlichem Verkehr, Entsorgung usw. sind staatlich zu sichern und teilweise auch zu finanzieren.
- Die Regulierung der neuen Kommunikationsnetze ist eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Beispielsweise muss die digitale Signatur vom Staat zertifiziert werden.
- Der Flugverkehr ist, im Gegensatz zu Bahn, Bus und Tram, kein Service public. Allenfalls sind es die Flughäfen, die allen dienen.
- Für die unausweichliche Strommarktöffnung ist eine klare, regulierte Marktordnung vorzusehen, wie sie das Elektrizitätsmarktgesetz EMG sichert. Es enthält Regulierungen für die Versorgungssicherheit, die Reservensicherung, die Kontrolle der Durchleitungsgebühren, den Schutz der Arbeitnehmerschaft und den Umweltschutz usw.

**Die mangelnde
(berufliche)
Integration von
AusländerInnen
ist das grösste
ungelöste
Problem der
schweizerischen
Wirtschafts-
politik.**

6. Integrative Arbeitsmarktpolitik ist auch ohne Rezession nötig

Die Arbeitsmarktpolitik muss helfen, die Arbeitswilligen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen angepasste Beschäftigungen ermöglichen. Sie muss die Schäden und Benachteiligungen der nächsten Rezession durch den Strukturwandel verhindern. Insbesondere ist dabei auch die Migrationsfrage von Bedeutung. Die mangelnde (berufliche) Integration der Ausländer (27% des Beschäftigtenbestands) ist das grösste ungelöste Problem in der schweizerischen Wirtschaftspolitik.

- Die Rekrutierung von unqualifizierten Arbeitskräften im Ausland schafft einen Lohndruck im Inland. Die Unqualifizierten werden in der Rezes-

sion als erste entlassen. Deshalb ist eine Kombination von Nachholbildung und arbeitsmarktlichen Massnahmen nötig. (Der Asylbereich ist gesondert und nach humanitären und völkerrechtlichen Kriterien zu behandeln, ebenso das EU-Personenfreizügigkeitsrecht).

- Die Rekrutierung von unqualifizierten Beschäftigten im Ausland kann nicht einfach dem liberalisierten Markt und den Arbeitskraftbedürfnissen der strukturschwachen Branchen überlassen werden.
- Arbeitszeitpolitik und neue, innovative Arbeitszeitmodelle;
- Sicherung der Teilzeitbeschäftigung durch Senkung des Koordinationsabzugs bei der Zweiten Säule usw.
- Die Familienarbeit ist mittels Tagesstrukturen für Kinder, Krippen usw. zu erleichtern, damit das Potenzial der Frauen besser ausgenutzt werden kann.

7. Der globale Kapitalismus muss mit Sozial- und Ökostandards zivilisiert werden

Der globale Kapitalismus ist zu zivilisieren. Die internationale Wirtschaft ist mit volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Spielregeln auszustatten. Ein Kampf um die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene ist die grosse Zukunftsaufgabe, so wie früher das nationale Ringen um soziale und ökologische Standards im Inland. Konkret heisst dies zum Beispiel:

- Einbau von Sozialstandards (z. B. Menschenrechte, ILO-Kernkonventionen) und Ökoklauseln in die Welthandelsregeln der WTO;
- Standards gegen Steuerdumping und Wirtschaftskriminalität im internationalen Kapitalverkehr (OECD, IWF);
- Hilfe und Entschuldung für die ärmsten Länder, die die Verlierer der Globalisierung sind;

- Weltweit gültige Wettbewerbsregeln für multinationale Konzerne;
- Anerkennung nationaler Spielräume zum Schutz des Service public, der Kulturen und der Umwelt.

Sieben weitere Aufgaben der Wirtschaftspolitik

Mit den sieben aufgezählten Prioritäten ist die Wirtschaftspolitik nicht erschöpft. Darüber hinaus sind noch weitere sieben wirtschaftspolitische Postulate zu nennen, die wir hier nur stichwortartig aufzählen.

1. Nachfragesteuerung durch antizyklische Fiskalpolitik, und zwar bei Bedarf und je nach Konjunkturlage.
2. Instrumente einer nachhaltigen Wirtschaft, speziell Ökosteuern und Grenzwerte sowie Förderungsinstrumente einer Recyclingwirtschaft.
3. Einfluss auf die Corporate Governance in Aktiengesellschaften über das Pensionskassenvermögen. Für die Arbeitnehmerschaft ergeben sich dank

der paritätischen Fondsverwaltung recht grosse Einflussmöglichkeiten, wenn sie die Stimmkraft in BVG-Einrichtungen bündelt.

4. Kontrolle der internationalen Finanzarchitektur, z. B. durch höhere Eigenmittel bei Banken, Bekämpfung der Steuerflucht und der Geldwäscherei.
5. Konzepte für die Finanzierung des Sozialstaates mittels Bewirtschaftung des Nationalbankvermögens und durch die Reservierung der Mehrwertsteuererhöhungen.
6. Schutz der KonsumentInnen und Ausdehnung des Haftpflichtrechts auf neue Risiken, z. B. bei Gentechnologie, Atomtechnologien, Produktehaftpflicht usw.
7. Kontrolle des Wohnungsmarktes durch Mieterschutzgesetzgebung und Verhinderung von Spekulation und Umverteilungsprozessen.

Rudolf Strahm, SP-Nationalrat, Herrenschwanden.



Fotos: Iris Krebs

